

# Laibacher Zeitung.



Nr. 43.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Donnerstag, 22. Februar

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1mal 60 kr., 2mal 80 kr., 3mal 1 fl.; sonst pr. Zeile 1m. 6 kr., 2m. 8 kr., 3m. 10 kr. u. s. w. Insertionsstempel jedesm. 30 ft.

1866.

## Amlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 17. Februar d. J. den Hofsekretär bei der k. k. Direktion für administrative Statistik Friedrich Schmitt zum Vizepräsidenten derselben allergnädigst zu ernennen geruht.

Der Staatsminister hat auf Vorschlag des Gemeinderathes den Dr. Francesco Compostella zum Podesta der Stadt Bassano in der Provinz Vicenza ernannt.

Das k. k. Ministerium für Handel und Volkswirtschaft hat die Wiederwahl des Hector Ritter zum Präsidenten und des Andreas Pauleitig zum Vizepräsidenten der Handels- und Gewerbekammer in Görz für das Jahr 1866 bestätigt.

Am 20. Februar 1866 wurde in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei in Wien das VII. Stück des Reichsgesetzblattes ausgegeben und versendet.

Daselbe enthält unter

Nr. 20 das Gesetz vom 6. Februar 1866 wegen Besteuerung des Viehes beim Kleinvertriebe im Zollauschlusse von Zirkon;

Nr. 21 die Verordnung des Ministeriums des Aeußern im Einvernehmen mit dem Staatsministerium und mit den Ministerien der Justiz, der Finanzen, des Krieges und der Polizei, dann der ungarischen, der kroatisch-slavonischen und der siebenbürgischen Hofkanzlei vom 7. Februar 1866, betreffend die Befugniß der k. k. Vertretungsbehörden im Auslande zur Ausstellung von Waffen- und Munitionsgeweihscheinen für Reisende, wirksam für das ganze Reich;

Nr. 22 den Erlaß des Staatsministeriums vom 10. Februar 1866, womit den Lehrern an den öffentlichen Mittelschulen der Titel: „Professor“ zuerkannt wird. — Gültig für Böhmen, das lombardisch-venetianische Königreich, Dalmatien, Galizien, Oesterreich unter und ob der Enns, Salzburg, Steiermark, Kärnten, Krain, die Bukowina, Mähren, Schlesien, Tirol und Vorarlberg und das Küstengebiet;

Nr. 23 die Kundmachung des Finanzministeriums vom 15. Februar 1866 über die Ernächtigung der Nebenollämter erster Klasse zu Ebersdorf und Kamersdorf in Böhmen zur Austrittsbehandlung von Bier.

Vom k. k. Redaktions-Bureau des Reichsgesetzblattes.

## Nichtamlicher Theil.

Laibach, 22. Februar.

Der Entwurf der Magnatenadresse liegt nun vor, und die „Wr. Abdpst.“, indem sie sich auf ihre letzten Aeußerungen über die politische Situation in Ungarn bezieht, bemerkt nur noch, daß der Entwurf in Bezug auf den Ton und die rücksichtsvolle Sprache

## feuilleton.

### Geologisches.

Bekanntlich hat Herr Feldmarschalllieutenant Baron Marenzi, dessen Familie seit Jahrhunderten dem Lande Krain angehört, im Jahre 1864 zwei Broschüren erscheinen lassen: „Zwölf Kapitel über Geologie“ und „Der Karst“, welche durch den Gegenstand, in welchen sie sich zu den Grundsätzen der heutigen Geologie stellen, den größten Widerspruch hervorgerufen haben. Es wird unsere Leser, welche seinerzeit an dem lebhaft entbrannten gelehrten Streite Antheil genommen haben, gewiß interessieren, zu erfahren, wie ein sehr geachtetes kritisches Organ, die Leipziger „Literarischen Blätter“, herausgegeben von Dr. Rudolf Gottschall, den Gegenstand auffaßt. Der Kritiker stellt sich mit Unbefangenheit den wissenschaftlichen Parteien gegenüber. Er erinnert zunächst an das große Wort Laplace's über die Berechtigung der Hypothesen in der Wissenschaft, er anerkennt die Befähigung des Baron Marenzi hiezu in dem von ihm an den Tag gelegten klaren und umfassenden Wissen und hebt sodann hervor, daß derselbe einen zwischen Werner und Hutton vermittelnden Standpunkt einnehme, wie dies alle Geologen unserer Zeit, welche sich auf tatsächliche Studien und Erfahrungen stützen, thun. Er hält die von Kant zuerst aufgestellte, von Laplace weiter ausgebildete Schöpfungshypothese unseres Planetensystems für die richtige und hat daher nichts einzuwenden gegen den feurig-flüssigen Zustand unseres Erd-

noch zuvorkommender gehalten ist, als der der Deputirtentafel vorgelegte Entwurf, wie schon von vornherein zu erwarten stand.

Ueber den gegenwärtigen Stand der Adress-Debatte des Abgeordnetenhauses sagt die „E. Pest. Ztg.“:

Von der Adresse selbst haben wir keine hochfliegenden Erwartungen gehegt: solche Erwartungen schienen uns einfach nicht in der Natur einer derartigen Kundgebung begründet. Gleichwie die Thronrede nur im Allgemeinen die Gesichtspunkte aufstellte, welche bei den Verhandlungen mit dem Landtage die Krone als maßgebend betrachtete, und gleichwie die Thronrede wesentlich nur die unerläßlichen Grundlagen dieser Verhandlungen zeichnete und das Weitere der Vereinbarung durch die Verhandlungen anheimgab, wäre es vollständig in der Ordnung gewesen, wenn die Adresse auf die Thronrede, gleichviel ob sie diese Grundlagen und jene Gesichtspunkte sich aneignen zu können geglaubt oder nicht, nur im Allgemeinen dem Willen des Landtages Ausdruck gegeben hätte, in demselben Geiste des Entgegenkommens und des Vertrauens, der den Grundzug der Thronrede bildet, in die Verhandlungen einzutreten. Das und nicht mehr erwarteten wir von der Adresse.

Aber ein Anderes und Mehreres erwarteten wir von der Adressdebatte, nachdem dieselbe Dimensionen angenommen, welche selbst Deak ausdrücklich rechtfertigen zu müssen geglaubt hat. Wir erwarteten, daß im Laufe einer so ausgedehnten Debatte nicht gerade schon Punkt für Punkt formulirte, aber doch irgendwie positive Andeutungen, mit oder ohne Wahrung des prinzipiellen Standpunktes, über den Umfang und über die Modalitäten derjenigen Leistungen fallen würden, die Ungarn dem Reiche zu konzessiren Willens. Diese Erwartung ist nur in geringem Maße erfüllt worden. Es war dem Landtag in den Worten seines ersten Redners eine ganz bestimmte Veranlassung geboten, sich in der gedachten Richtung auszusprechen: Er hat nicht allein keine darauf bezügliche Aeußerung gethan, er ist einer solchen offenbar geflüchtlich aus dem Wege gegangen, und wir haben keinen einzigen Ausspruch zu verzeichnen, der nicht zunächst einfach sogar an den Forderungen festhielte, welche die Staatsraison und die Logik gleichmäßig verurtheilt, keinen einzigen Ausspruch speziell, der sich für den Reichsgedanken, der sich für die „Einheit und die Machtstellung der Monarchie, der jede andere Rücksicht untergeordnet werden muß“, weiter zu erwärmen vermocht hätte, als daß er, nicht bloß, was recht, sondern auch, was billig zu thun verheißt. Und selbst wenn das mehr als eine Phrase wäre, so würde das ein Standpunkt sein, den wir für das Verhältniß Un-

garns zum Reiche nimmermehr akzeptiren könnten. Ungarn soll dem Reiche nichts geben, was es nicht vom Reiche mindestens in demselben Maße empfängt. Es soll gegenüber dem Reiche Pflichten, aber auch Rechte haben, Pflichten und Rechte, welche dem wohlverstandenen Interesse beider Theile entspringen.

In Summa. Wir zweifeln nicht, daß der Ausgleich zu Stande kommt, und noch weniger verzweifeln wir daran. Aber wir bedauern, daß das Werk nicht rascher und nicht mit dem Aufgebot aller Kraft gefördert wird, und daß, wie es scheint, nahezu kein einziges Mitglied des ungarischen Landtages den Muth einer andern Meinung hat, als den der Meinung seiner durch ihre Antezedentien vielfach gebundenen Majorität.

### Sin

## Rückblick auf die Thätigkeit unseres Landtages.

(Schluß.)

Ungemein fruchtbar an Vorlagen war in der abgelaufenen Landtagssession der Landesausschuß, indem derselbe außer seinem vielumfassenden Rechenschaftsberichte mindestens vierzig Anträge oder Berichte vor den Landtag brachte. Manche von denselben, namentlich aber die Anträge wegen Entschädigung des Landes für den inkamerirten Provinzialfond, in welcher Beziehung die Ueberreichung einer motivirten Vorstellung gegen den ungünstigen Finanzministerialerlaß vom 21. November 1865, Z. 55048, durch eine eigene Deputation von drei Mitgliedern (Landeshauptmann Freiherr v. Codelli, Dr. Tomau und Freiherr v. Apfaltrern) beschlossen wurde, dann die Anträge in Betreff der Militärvorspannskosten und bezüglich der Kategorisirung der Landes- und Konkurrenzstraßen berühren das Interesse des Landes sehr tief. Nicht minder muß den verschiedenen, mitunter umfangreichen Finanzvorlagen, namentlich aber den Präliminarien der von der Landesvertretung verwalteten Fonde, nämlich des Landes-, Grundentlastungs- und Domestikal-Fondes für das Jahr 1866 und den Rechnungsabschlüssen dieser Fonde aus den Jahren 1863 und 1864 eine nicht unerhebliche Wichtigkeit beigemessen werden. Die im Rechenschaftsberichte erörterten Geschäftsgegenstände umfassen gleichfalls viele für das Land höchst wichtige Fragen, von denen wir nur jene in Betreff der Erleichterung der Grundsteuer in Krain, dann wegen Ermäßigung der auf der Montan-Industrie lastenden besonderen Steuern, wegen Uebergabe des Landeskulturfondes an die Landesvertretung und wegen Nichtverkaufes des Quecksilberbergwer-

ferns. Worin besteht nun aber seine Abweichung? Er ist ein Feind der Erhebungstheorie. Er hält es für unmöglich, daß die Hochländer des Festlandes von Asien, Europa und Amerika in die Kategorie der Hebung gebracht werden können, noch weniger, daß die großen Sandwüsten Afrika's und Asiens aus dem Meere emporgestiegen seien. In nothwendiger Folge gelangt Baron Marenzi zu seiner Einsturztheorie. Er meint, daß alle Gebirge der Erde, die Hochebenen aller Welttheile, daß die Sandwüsten Asiens und Afrika's und überhaupt alle Festbildungen, an denen die Spuren einstiger Meeresüberspülungen sichtbar sind, im Allgemeinen nicht durch Hebung, sondern durch Einsturz der anliegenden Festbildungen entstanden sind, daß selbst den thätigen Vulkanen, sie mögen isolirte Berge oder zusammenhängende Vogenketten zahlreicher ozeanischer Rinnen bilden, keine Hebungskraft zu Grunde zu legen sei, sondern daß sie als Ergebnisse der Einsturzbewegung angesehen werden müssen.

Der Kritiker geht sodann näher auf den Artikel „Ueber Vulkane und Erdbeben“ ein und zitiert hieher einschlägige Stellen des Werkes.

In Bezug auf die organische Schöpfung ist Baron Marenzi der Meinung, es werde dem Menschen nie möglich sein, zu begreifen, wie die organischen Wesen aus den unorganischen entstehen konnten. Es sei nur so viel gewiß, daß die Thierwelt erst nach der Pflanzenschöpfung ihren Ursprung genommen haben müsse, daß das Leben auf Hochebenen und Gebirgen und in seichten Meeren sich früher entfaltet habe, als in den Niederungen des trockenen Landes und in den tieferen Meeren. Der Mensch endlich, das in seiner lang anhaltenden Kindheit hilfebedürftigste Geschöpf der Erde, kann wohl nur zuletzt, als Alles zu seinem Schutze

und zu seiner Pflege Erforderliche bereits vorhanden war, in sein Reich eingesetzt worden sein. Die Erde, sagt Baron Marenzi, war in früheren Zeitperioden, wie wir gesehen haben, um vieles wärmer als jetzt, und selbst in dem letzten Abschnitte der vorhistorischen Zeit dürfte die Polarzone ein gemäßigtes Klima, die gemäßigte Zone aber ein heißes gehabt haben. Die Verbreitung des organischen Lebens war daher eine von der jetzigen sehr verschiedene, und jede Gattung in höheren Breiten zu finden als jetzt. Fossile Palmen in England, Mammuths und Elephanten in Sibirien, Rhinocerosse an der Leitha, Antilopen in Oberitalien, tropische Konchylien in Wien u. s. w., so wie der Umstand, daß noch nirgends in südlichen Orten Petrefakten gefunden wurden, bestatigen diese Thatsache.

Wir haben jedoch schon gezeigt, daß die auf der Erde in der Schöpfungszeit stattgefundenen Einsturz- und Schöpfungsbewegungen niemals solche Ausdehnung und Gewalt hatten, um die ganze bestandene organische Schöpfung zu vernichten und demnach wiederholte Schöpfungen zur Erklärung der gegenwärtig bestehenden zu erfordern.

Der Verfasser sieht den Einsturzprozeß jetzt so gut wie abgeschlossen an, in der vorhistorischen Zeit sei derselbe am stärksten gewesen. Die Petrefaktenkunde sei jedoch noch nicht so weit gediehen, um eine Aeltertheilung der Steinschichten zu erklären, in welchen die Versteinerungen gefunden werden. Dagegen legt er auf das Studium der jetzigen Formen der Erdoberfläche viel Gewicht, hiebei könne man die Frage der relativen Alter befriedigender beantworten, die Freunde der Geologie thäten daher wohl, hierauf ihr Hauptbedenken hauptsächlich zu richten. Zum Schluß wünscht der Kritiker dem Werke des Baron Marenzi eine recht aufmerksame und unparteiische Beachtung. Für

des Adria hervorheben. Die meisten Anträge des Landesauschusses wurden entweder ganz unverändert oder nur mit unwesentlichen Modifikationen angenommen, und in der 22. Sitzung wurde überhaupt der rege Eifer, sowie die erspriessliche Thätigkeit desselben in Beforgung der ihm anvertrauten Geschäfte von Seite des Landtages dankbar anerkannt.

Die im Landtage eingebrachten wichtigeren Separatanträge hatten nicht durchgehends Glück. Nur der von Dr. Toman gestellte Antrag, betreffend die Eisenbahnverbindung zwischen Laibach und Villach, dann zwischen St. Peter und Fiume fand eine allgemeine beifällige Aufnahme. Der von Dr. Costa eingebrachte Antrag auf theilweise Aenderung der Landesordnung und Landtagswahlordnung erreichte seinen Zweck insoweit, als derselbe dem Landesauschusse zu weiteren Erhebungen und zur Antragstellung in der nächsten Landtagsession zugewiesen wurde. Dagegen wurde der Graf Auersperg'sche Antrag bezüglich der Rückwirkungen des Septemberpatentes durch den Uebergang zur Tagesordnung beseitigt, und das gleiche Schicksal wurde auch dem von Dr. Bleiweis eingebrachten Entwurfe eines Landesgesetzes behufs Regelung der Unterrichtssprache an den Volks- und Mittelschulen zu Theil. Gleichwohl gaben eben diese beiden letzteren Anträge den Anlaß zur erregtesten Debatte, indem sich dabei die Standpunkte der großösterreichischen und der föderalistischen Partei sonderten. Die sonstigen Separatanträge hatten nur ein untergeordnetes Interesse.

Wenn man die erledigten Geschäfte überblickt, so läßt es sich nicht läugnen, daß die abgelaufene Landtagsession keine fruchtlose und für jene Abgeordneten, die in mehr als drei Ausschüssen zu fungiren hatten, nicht selten eine sehr anstrengende war. Die Wahl ein und derselben Abgeordneten in mehrere Ausschüsse läßt sich zwar bei unserem Landtage mit Rücksicht auf seine Zusammensetzung kaum vermeiden, sowie dies auch bei anderen Vertretungskörpern vorkommt; gleichwohl aber ließe sich der Unzukömmlichkeit der offenen Ueberbürdung einzelner Abgeordneten wenigstens theilweise dadurch abhelfen, wenn bei der Wahl der Ausschüsse auf die nothwendige gleichmäßige Vertheilung der Geschäfte mehr Bedacht genommen würde.

Uebrigens können wir nicht unterlassen, es als eine höchst unerquickliche — die Debatte oft störende Erscheinung zu bezeichnen, daß bei gewissen Parteifragen im Zubörraume unseres Landtagsaales außer den gewöhnlichen Zuhörern ein eigenes zumeist minderjähriges Publikum sich einfand, welches die Reden der föderalistischen Parteiführer mit Dobros und Bravos und zwar nicht selten auch bei solchen Stellen belohnte, denen man in keiner Richtung irgend eine Bedeutung abzugewinnen vermag, während die Reden der Gegenpartei nicht selten durch mißliebige Aeußerungen unterbrochen und selbst bei den namentlichen Abstimmungen mitunter ungezogene Aeußerungen laut werden. Diese bedauerliche Unsitte, die zumeist von Personen ausgeht, denen man es am Gesichte ablesen kann, daß sie sich mehr mit Nachbeten als mit Nachdenken zu befassen pflegen, ist im Laufe der Session seitens des Präsidiums oft, leider jedoch meistens vergebens, gerügt worden.

## Oesterreich.

Wien, 20. Februar. Der jüngst durch Aufgreifung einiger Fehler entdeckte Silberdiebstahl aus den

das große gebildete Publikum sei dasselbe geschrieben und bei diesem werde es dem Verfasser sicher nicht an Anerkennung fehlen. Für die Gelehrten vom Fach gelte aber hauptsächlich nur die neue Einstruztheorie; sie werden es an Einreden nicht fehlen lassen, dennoch aber dem Verfasser zugestehen müssen, daß seine Ansicht der sorgfältigsten Prüfung sehr werth sei. A. D.

## Literatur.

Eine der interessantesten Nummern von Westermann's Illustrierten Deutschen Monatsheften ist das soeben ausgegebene Heft für Februar, welches mit der Fortsetzung der gemüthvollen Goethe'schen Erzählung „Dornröschen“ beginnt, und darauf die biographische Charakteristik des Historikers „Schlosser“ nebst dessen Porträt bringt. Dieser letztere, von W. Hoffner geschriebene Aufsatz reißt sich an einige vorhergehende Biographien deutscher Geschichtsforscher und ist in der Gediegenheit und Klarheit der Arbeit ausgezeichnet. Von M. Carriere schließt sich ein Artikel über „Platon's Gastmahl“ an. Dann folgt eine Biographie des verstorbenen russischen Staatsraths und Meteorologen „A. Th. von Kupffer.“ Ein interessanter astronomischer Aufsatz von dem Freiburger Astronomen Joh. Müller, Arbeiten über „die alten Bauwerke am Nil“, über „Spanische Nationaltänze“ — die beiden letzten Artikel mit sehr schönen Abbildungen — über „Torfverkohlung“, über „Die Torpedos“, eine Mittheilung über den „Ursprung der Lesfing'schen Zabel von den drei Ringen im Nathan“ und viele kleine und größere literarische und naturhistorische Notizen vervollständigen dieses in jeder Hinsicht sehr beachtenswerthe Heft des Westermann'schen Unternehmens.

l. l. Montanwerken zu Pribram hat die öffentliche Aufmerksamkeit vielfach in Anspruch genommen und insbesondere einem Prager Blatte Gegenstand zu ausführlichen Erörterungen geboten. Diesen letzteren gegenüber sieht sich die „Gen.-Corr.“ veranlaßt zu bemerken, daß in dem vorerwähnten speziellen Falle der bereits im Zuge stehenden strafgerichtlichen Untersuchung durch gleichzeitige administrative Erhebungen zwar nicht vorgegriffen werden kann, daß jedoch, wie wir vernehmen, seit der Finanzverwaltung, unabhängig von dem der Strafamtshandlung, bereits unterzogenen Falle, eine Sismaluntersuchung über die Gebahrung der Pribramer l. l. Berg- und Domänen-direktion, sowie der ihr unterstehenden Aemter und Werke eingeleitet wurde.

Prag, 15. Februar. Von den Kommissionen, welche der Landtag bisher eingesetzt hat, sind die meisten mit ihren Arbeiten bereits fertig geworden. Dem Landtage ist hiemit für die ihm noch bevorstehende Sessionsdauer ein reichliches Materiale geboten, dessen Erledigung die laufende Session in Bezug auf legislative Thätigkeit und Regelung von Administrativverhältnissen zu einer der fruchtbarsten gestalten dürfte. Unter den vorliegenden Kommissionsreferaten dürfte der Bericht über den Antrag Rieger, betreffend die Durchführung der nationalen Gleichberechtigung an der Prager Hochschule, wohl das meiste Interesse für sich in Anspruch nehmen. Dem Antrage der Ausschlußmajorität (bestehend aus den Abgeordneten Graf Jaromir Ceruin, Universitätsrektor Nahlovsky, August v. Eisenstein, Rieger, Tomek) auf vollständige Annahme des Antrages Rieger steht, wie bekannt, der Antrag der Minorität (Purlyne, Hasner, Seidl, Höfler, sämmtlich Universitätsprofessoren) auf Einholung eines Gutachtens sämmtlicher Fakultäten der Prager Hochschule entgegen. Die Majorität der Kommission hat sich ihre Arbeit ziemlich leicht gemacht; die von der Minorität in Vorschlag gebrachte Veranstaltung einer Enquete durch die in dieser Frage gewiß vor Allen berufene Körperschaft, die Universität, hat sie einfach mit der Motivirung verworfen, daß die Befragung der Universität bei der bereits viel vorgeschrittenen Sessionsdauer leicht die Erledigung der angeregten Frage in dieser Session unmöglich machen könnte, die Regierung überdies selbst in jenem Zeitpunkte, in welchem ihr der bezügliche, vom Landtage gefasste Beschluß vorliegen werde, das Gutachten der Universität werde einholen müssen. Es ist kaum anzunehmen, daß die Majorität des Landtages sich dieser von der Kommissionsmajorität ausgesprochenen Behauptung anschließen dürfte, die Frage der Universitätsreform, wie selbe Rieger mit seinem Antrage anregt, ist eine so tiefgreifende, daß es wohl schon Gründe der Billigkeit gefordert hätten, hierüber die Stimme jener Körperschaft zu hören, welche sich zu allen Zeiten bezüglich ihrer inneren Organisation der größten Autonomie zu erfreuen hatte. Die Entschiedenheit, mit welcher sich die Kommissionsmajorität gegen das Gutachten der Universität aussprach, muß umsomehr auffallen, als bisher am Landtag bei allen umfassenderen, namentlich die nationale Frage wenn auch nur leise berührenden Anträgen der Art der Veranstaltung einer Enquete stets gehandhabt wurde; so wurde vor Verhandlung über Durchführung der Sprachgleichberechtigung in den Schulen eine fast durch ein Jahr dauernde Enquete veranstaltet, erst jüngst das Gesuch mehrerer Professoren am hiesigen Polytechnikum um Trennung des Lehrkörpers in einen deutschen und böhmischen, dem Lehrkörper des Polytechnikums selbst zur Begutachtung übergeben. Hält man diesen stets beobachteten Vorgang diesem von der Kommissionsmajorität so rasch gefassten Beschlusse entgegen, so muß man nothwendig zu der Ansicht geleitet werden, daß die Motive für eine Ablehnung des Minoritätsantrages unmöglich an sich plausibel erscheinen können.

Neusatz, 18. Februar. „Sorbobran“ polemisiert heute mit dem „Pester Lloyd“, welcher in der Nummer vom 14. l. M. die Mittheilung macht, die serbischen und romanischen Deputirten hätten die Einbringung einiger Amendements zu der Adresse beabsichtigt, wären aber, von den Magyaren „kapazitirt“, davon abgestanden; ferner: daß ein Deputirter im Landtage der serbischen Sprache sich bedienen wollte, später jedoch mit Rücksicht auf die Gesetze, deren Restitution Jedermann anstrebe, nachgegeben habe. „Sorbobran“ findet, daß der „Pester Lloyd“ Ungarn und Magyarenland für gleichbedeutend halte, und glaubt, daß bei der Aufrechterhaltung dieses Grundsatzes kroatische Deputirte wohl nicht nach Pest kommen dürften. Wenn „Pester Lloyd“ sage, das gemeinsame große Ziel sei die Wiederherstellung „unserer“ Gesetze, so müsse man fragen, wer hier unter „unser“ verstanden werde? Verstehe man magyrische Gesetze, so seien solche für die Nichtmagyaren fremde Gesetze, welche herbeizuwünschen diese keinen vernünftigen Grund haben. Dabei stelle sich „Pester Lloyd“ als wüßte er nichts davon, daß in der Thronrede die achtundvierziger Gesetze nur formell anerkannt wurden und daß dieselben vor deren Inlebenreten revidirt und mit den Interessen des Gesamtreiches einseitig und denen der verschiedenen Nationalitäten Ungarns andererseits in Einklang gebracht werden müssen. Ohne diese Revision wäre die Aktivirung derselben den Nichtmagyaren nicht nur nicht zum Vortheile, sondern zum großen Nachtheile, freilich könne ein Landtag, in

welchem die Vertreter der Nichtmagyaren unter den magyrischen wie einzelne Tropfen im Meere sich verlieren, die Ersteren leicht „kapazitiren.“

## Rusland.

Berlin, 19. Februar. Das Staatsministerium hat heute an den Präsidenten Grabow ein Schreiben gerichtet, worin es die Beschlüsse des Abgeordnetenhan- des über Lauenburg, bezüglich des Obertribunals und des Abgeordnetenfestes für verfassungswidrig und deshalb unannehmbar erklärt und diese Beschlüsse dem Präsidenten zurückschickt. — Die gestern in der Volksversammlung beschlossene Adresse wurde heute durch eine vom Präsidenten des Arbeitervereins, v. Bantow, geführte Deputation dem Präsidenten Grabow überreicht. Grabow dankte.

Turin, 17. Februar. Die Thatsache, daß hier gerade heuer der Karneval mit seinen Maskeraden, Straßenanzügen und öffentlichen Wohlthätigkeitslotterien an äußerer Lustigkeit, an lärmender Bewegung und an brillanter mise en scene seine Vorgänger wo möglich übertraf, ist für den eingeweihten Beobachter der hiesigen Verhältnisse weniger auffallend, als für die Situation selbst höchst charakteristisch. Abgesehen davon, daß Turin dabei sich sozusagen über manchen Aerger zu betäuben suchte, will unsere „ehemalige“ Hauptstadt damit ihrer stolzen Besiegerin am Arno gleichsam demonstrieren, daß ihr an dieser Degradirung nicht sonderlich viel liege. Aus demselben Grunde läßt sich auch die merkwürdige Erfahrung wenigstens theilweise deuten, daß Theater und dergleichen dem großen Publikum gebotene Unterhaltungen seit ein paar Jahren wie noch nie so stark besucht wurden. Wie viel Wahres und Reelles aber hinter einer so farbengrellen und täuschenden Dekoration eigentlich stecke, kann hier selbst jedes Kind des Näheren erörtern. Indessen wird auch der neu installirte Syndikus unserer Stadt, der Kommandeur Senator Filippo Salvagno, dieser fingirten Komödie der hierortigen politischen Tonangeber jedenfalls mehr oder weniger zunächst beitreten müssen. Es muß nämlich bemerkt werden, daß sich besagter Kommandeur nach längerem Schwanken über direkte Aufforderung des Königs selbst nachträglich doch herbeiließ, den allseits gemiedenen Posten unter gewissen Bedingungen und Ver- wahrungen definitiv anzunehmen, sowie er auch bereits vorgestern in dieser neuen Eigenschaft den Municipal- Ausschuss und sonstige Körperschaften bei sich empfing. Dafür verlautet heute mit ziemlicher Bestimmtheit, daß der neu ernannte Syndikus von Bologna, der vielbesprochene Deputirte Gioachino Pepoli, unter keiner Bedingung die ihm zugeordneten Würden bekleiden zu wollen erklärt habe. Großes Aufsehen macht hier seit mehreren Tagen die plötzlich angekündete Reise des Prinzen Napoleon nach Italien, da man ihr bei uns durchaus eine wichtige politische Bedeutung zusprechen will. Der bekanntlich in Folge eines Pistolenduell's schwer verwundete Redakteur der „Turiner Ztg.“, Professor Botto, schwebt noch immer in Lebensgefahr; nach 23 Tagen wissen die Aerzte noch immer nicht, wo die Angel steckt. Gerade kein günstiges Zeugniß für die Geschicklichkeit unserer Aerzte.

Vien, 19. Februar. Die Bundesversammlung wurde heute eröffnet. Der Präsident des Nationalrathes Planta zieht aus der Verwerfung der Revision die Lehre, daß man bloß aus äußeren Veranlassungen und Rücksichten der Konvenienz nie an dem obersten ehrwürdigsten Gesetze eines Landes rütteln oder ändern soll. Erfolgreiche Umgestaltungen konstitutioneller Staatsgrundlagen können nur aus innerem Bedürfnisse, innerem Drang und aus dem Volksbewußtsein hervorgehen. Er erblickt keine Gefahr in der Revisionsbewegung, in dem Streben nach Heilmitteln gegen Versehen der Legislatur und vertraut dem gesunden Bürgerinn des schweizer Volkes, daß es den richtigen Weg, die rechten Zeitpunkte finde.

Paris, 19. Februar. Die „Patrie“ schreibt: Depesch aus New-York melden, daß Staatssekretär Seward dem Washingtoner Kabinete den Entwurf einer Note betreffs Mexiko's mitgetheilt habe. Gerüchtwiese verlautet, daß die amerikanische Regierung in dieser Note versöhnliche Gesinnungen kundgebe und die Geneigtheit zeige, die Neutralität unter gewissen Bedingungen auszusprechen.

## Tagesneuigkeiten.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben dem Direktor des Münz- und Antikentabinet's, dann der Ambrazer Sammlung, Joseph Bergmann, aus Anlaß seines vierzigjährigen Dienstjubiläums in Anerkennung seiner ausgezeichneten Leistungen den Orden der eisernen Krone dritter Klasse tafrefrei allergnädigst zu verleihen geruht.

— Um eine größere Kontrolle zu erzielen, wurde von Seite des Handelsministeriums die Verordnung herabgegeben, daß die zur Versendung empfangenen re- eto m a n d i r t e n Briefe eine Nummer erhalten und durch die Hände von zwei Beamten gehen sollen. Die betreffende Nummer wird auch auf dem Rezipisse ersichtlich sein. Diese neue Manipulation tritt mit 1. März in das Leben.

— Der 72jährige evangelische Pfarrer Dr. Martinus ist am 28. v. M. in Körbitz (Böhmen) zum Katholizismus übergetreten.